

Aus:

Stine Marg, Katharina Trittel, Christopher Schmitz, Julia Kopp, Franz Walter

NoPegida

Die helle Seite der Zivilgesellschaft?

März 2016, 168 Seiten, kart., 19,99 €, ISBN 978-3-8376-3506-5

Die NoPegida-Proteste organisierten sich vielerorts als Reaktion auf Pegida, die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Wurde Pegida als Ausdruck von Ressentiments gegenüber religiösen Minderheiten, der »Lügenpresse« und den »Volksverrättern« interpretiert, gilt NoPegida als das leuchtende Gegenbeispiel: Sie stehen ein für Weltoffenheit, Freiheit, Gleichheit und Toleranz und werden somit als Garant und Ausdruck einer offenen Zivilgesellschaft und als Gestalter einer »Willkommenskultur« wahrgenommen.

Doch wie steht es wirklich um NoPegida? Was motiviert die Demonstranten? Was verstehen sie unter Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Weltoffenheit und welche politischen Deutungsmuster und Werte prägen sie?

Nach dem viel beachteten Buch zu Pegida legt das Göttinger Institut für Demokratieforschung nun ein detailliertes Bild des Gegenprotestes vor und untersucht, inwieweit man NoPegida als demokratisches Gegenstück zu Pegida deuten kann.

Stine Marg (Dr.), geb. 1983, arbeitet am Institut für Demokratieforschung zu den Themen Protest sowie politische Einstellungen und ist Mitherausgeberin der BP-Gesellschaftsstudie.

Katharina Trittel, geb. 1984, arbeitet am Institut für Demokratieforschung zu den Schwerpunkten Nationalsozialismus und Geschichte der Bundesrepublik.

Christopher Schmitz, geb. 1988, arbeitet am Institut für Demokratieforschung zu den Themen Protest und Netzkultur.

Julia Kopp, geb. 1986, arbeitet am Institut für Demokratieforschung zu den Themen Protest und Zivilgesellschaft.

Franz Walter (Prof. Dr.), geb. 1956, ist Leiter des Instituts für Demokratieforschung in Göttingen sowie Herausgeber von »INDES. Zeitschrift für Politikwissenschaft und Gesellschaft«. Er publiziert vor allem zur Geschichte und Entwicklung der deutschen Parteien, u.a. regelmäßig auf SPIEGEL ONLINE.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3506-5

Inhalt

1. Einleitung und Fragestellung | 7

- 1.1 No-Was? | 7
- 1.2 Forschungsstand | 10
- 1.3 Studiendesign | 12
- 1.4 Wer wurde befragt? | 15

2. Orte des Protests | 23

- 2.1 Dresden | 23
 - 2.1.1 Residenz, Kultur, Exzellenz und Opfer:
Die Leiterzählungen Dresdens | 23
 - 2.1.2 Netzwerke und Organisation der Gegenproteste
in Dresden | 25
- 2.2 Karlsruhe | 31
 - 2.2.1 Privilegienbrief, Integrationsgeschichte
und »Residenz des Rechts« – das Selbstbild Karlsruhes | 31
 - 2.2.2 Netzwerke und Organisation der Gegenproteste in Karlsruhe | 32
- 2.3 Frankfurt | 35
 - 2.3.1 Die Bewegungsmetropole, die keine mehr ist: Frankfurt a.M. | 35
 - 2.3.2 Netzwerke und Organisation der Gegenproteste in Frankfurt | 36
- 2.4 Leipzig | 39
 - 2.4.1 Die Metropole, die wieder in Bewegung ist: Leipzig | 39
 - 2.4.2 Netzwerke und Organisationen der Gegenproteste in Leipzig | 41
- 2.5 Ähnliche Organisationsstrukturen trotz unterschiedlicher
politisch-kultureller Traditionen | 45

3. NoPegida und das Verhältnis zu Gewalt und Polizei | 55

4. Selbstverständnis und Selbstwahrnehmung | 63

- 4.1 Protestmotivation | 63
- 4.2 Politische Verortung zwischen »links« und »rechts« | 67

5. Gesellschaftsbild und Werteordnung von NoPegida | 73

- 5.1 Sicht auf die Gesellschaft und ihre Gestaltbarkeit | 73
- 5.2 Welche Werte strukturieren die Vorstellungen der NoPegida-Demonstranten? | 76
- 5.3 Bürgerrechte und Bürgerpflichten | 81
- 5.4 Selbstverortung innerhalb der Gesellschaft und: wer wird aktiv? | 82
- 5.5 Feindbild Pegida | 86
 - 5.5.1 Konstruktionen über den Pegida-Anhänger | 86
 - 5.5.2 »Besorgte Bürger« oder »Neonazis«? | 93
 - 5.5.3 Gehört Pegida zur Demokratie? | 96
- 5.6 Elementare Werte auf dem Prüfstand: Gleichheit und (Meinungs-)Freiheit | 98

6. Die Sicht von NoPegida auf die Politik | 103

- 6.1 Einstellungen zu Politik, Parteien und Politikern | 103
- 6.2 Die Gretchenfrage: Wie halten Sie es mit der Demokratie? | 111
- 6.3 Was bedeutet Ihnen der Staat? | 116

7. NoPegida und ihr Verhältnis zu den Medien | 119

8. Konklusion | 125

- 8.1 NoPegida – eine spontane Reaktion auf die »Patriotischen Europäer«? | 125
- 8.2 Historische Quellen des kollektiven Selbstverständnisses | 130
- 8.3 Der NoPegida-Aktivist als verantwortungsvoller und partizipierender Staatsbürger? | 133
- 8.4 NoPegida und die Schattenseiten des Toleranzpostulates | 140
- 8.5 Versuch einer Typisierung der NoPegida-Demonstranten | 142
- 8.6 NoPegida – Die helle Seite der Zivilgesellschaft ? | 144

9. Literaturverzeichnis | 149

- 9.1 Literatur | 149
- 9.2 Onlineressourcen | 154

1. Einleitung und Fragestellung

1.1 No-Was?

Seit Herbst 2014 und somit seit den Protesten der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) waren deutschlandweit bald Gegenstimmen zu vernehmen, die landläufig als NoPegida-Bewegung bezeichnet wurden. Während sich von Dresden ausgehend in zahlreichen anderen Städten Menschen versammelten, die ihren Unmut und Hass gegen religiöse Minderheiten, gegen die »Lügenpresse« und gegen die »Volksverräter« zum Ausdruck bringen wollten¹, traten ihnen, zunächst nicht an allen Orten der Pegida-Versammlungen und nicht immer in der Mehrheit, Menschen entgegen, die das Ansinnen der Pegida-Anhänger entschieden zurückwiesen. Als No-, Anti- oder Gegen-Pegida-Demonstrant stellte man sich gegen Hass, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit und trat ein für Weltoffenheit, Freiheit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität. NoPegida stand – zumindest im Sommer 2015 – für eine funktionierende Zivilgesellschaft, die eine »Willkommenskultur« für Migranten vorlebte. Ein Umstand, der immer wieder von Politikern, Journalisten, Schauspielern, Sängern, Gewerkschaftern, Kirchenvertretern oder anderen etablierten Organisatoren der Zivilgesellschaft betont wurde. Im Kontrast dazu ist Pegida Ausdruck von Ablehnung, Intoleranz und Rassismus Flüchtlingen gegenüber.

Auch wenn die Aufrufe der Pegida-Organisatoren außerhalb von Dresden zu Beginn des Jahres 2016 nur noch eine Handvoll Anhänger anziehen und in Sachsen selbst bei weitem nicht mehr so viele Personen wie im Dezember 2014 und Januar 2015 mobilisiert werden können, blieben die NoPegida-Demonstrationen – insbesondere angesichts der rasant gestiegenen Flüchtlingszahlen in Deutschland im Laufe des Jahres 2015 – ein wichtiges Zeichen. Während einerseits die zunehmende Gewalt gegen die Unterkünfte von Asylbewerbern und die zahlreichen rassistischen Kommentare in den sozialen Medien als Folge von Pegida gedeutet werden, interpretieren andere die Hilfsaktionen der Bevölkerung für ankommende Flüchtlinge und die »Willkommensfeste« als Ausdruck von NoPegida. NoPegida gilt damit gemeinhin als Repräsentant einer »guten« Zivilgesellschaft, die links(-liberal) statt rechts, demokratisch statt

antidemokratisch, pluralistisch statt egalitär ist. Mit den zahlreichen und teilweise gut besuchten Aktionen von NoPegida gelang es – zumindest in der medialen Wahrnehmung – die Bewegung der »Patriotischen Europäer« öffentlich zu delegitimieren. Auch aus dieser Erfahrung heraus verspricht man sich von NoPegida eine positive Wirkung auf den demokratischen Gehalt der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft.

Doch die Frage, ob die Anhänger und Aktivisten, die sich unter dem Oberbegriff NoPegida versammelten, tatsächlich der »bessere« Teil der Zivilgesellschaft sind, kann nur beantwortet werden, wenn man ihre Wahrnehmung und Bewertung von Politik, Demokratie und Gesellschaft kennt, wenn man den Deutungshorizont ihres Wertekanons aufspürt, wenn man sich die Organisatoren der Proteste genauer anschaut. Was treibt die Menschen an, die sich öffentlich gegen Pegida positionieren? Was sehen sie in der Dresdner Bewegung? Darüber hinaus muss nach der Motivation und Selbstwahrnehmung der Protestierenden gefragt werden: Fühlen sie sich selbst als Teil einer »besseren Gesellschaft«, möglicherweise sogar als Repräsentanten der Mehrheitsgesellschaft, während in ihren Augen Pegida nur für ein Fragment der bundesrepublikanischen Bürger steht – oder basiert diese Hypothese lediglich auf Fremdzuschreibungen? Begreifen sich die Aktivisten selbst als Fackelträger des »hellen« Deutschlands, während Pegida für sie ein Teil »Dunkeldeutschlands« ist², verspüren sie selbst eine moralische Überlegenheit gegenüber denjenigen, gegen die sie demonstrieren? Und: Sind die NoPegida-Aktivisten wirklich Auslöser und Motor der zahlreichen »Willkommensinitiativen«, organisierter Aktionen, die ankommende Flüchtlinge an Bahnhöfen oder Unterkünften mit Decken, Getränken und wärmerer Kleidung empfangen, gewesen, wie gemeinhin unterstellt wird? Zwar stößt man vereinzelt auf solche Zusammenschlüsse, doch deuten neueste Untersuchungen der Zivilgesellschaftsforschung darauf hin, dass es eine »zunehmende Abkoppelung von Protest und zivilgesellschaftlichen Engagement« gibt,³ was ein Anhaltspunkt dafür sein könnte, dass NoPegida eher Ausdruck eines kurzfristigen denn eines nachhaltigen politischen und gesellschaftlichen Engagements ist. Dieser Hinweis macht ein genaueres Hinschauen erforderlich, insbesondere wenn man die Frage stellt, ob all das, was unter dem Phänomen NoPegida so positiv begrüßt wurde auch über das Jahr 2015 hinaus tragfähig sein kann.

Neben der Binnensicht von NoPegida müssen die Mobilisierungen auch gesamtgesellschaftlich eingeordnet werden. Es stellt sich die Frage, ob die Proteste in den verschiedensten Städten gegen Pegida Ausdruck der Stadtgesellschaft beziehungsweise der Mehrheitsgesellschaft sind, oder nur, wie oftmals bei Demonstrationen und Protest üblich, ein öffentliches In-Erscheinung-Treten von Minderheitenmeinungen. Wie kommt es überhaupt, dass die Demonstranten von NoPegida beispielsweise in Dresden oder Chemnitz häufig in der Minderheit sind, während sich in anderen Gemeinden und Städten, wie Mün-

chen, regelmäßig mehrere tausend NoPegida-Aktivisten knapp hundert Pegida-Anhängern in den Weg stellen? Wann und unter welchen Voraussetzungen ist der Gegenprotest erfolgreich, nicht nur hinsichtlich medialer Deutung und Präsenz, sondern auch in numerischer Überlegenheit? Insbesondere zahlreiche Lokalpolitiker reklamieren mit Verweis auf »ihre« NoPegida-Proteste eine funktionierende Zivilgesellschaft und bezeichnen demgegenüber die örtlichen Pegida-Läufer oftmals als Demonstrationstouristen, die nicht aus der eigenen Stadt oder Gemeinde kämen.⁴ Entspricht diese Wahrnehmung den realen Gegebenheiten? Und ist die Legitimation, die den NoPegida-Protesten durch die öffentliche Unterstützung und Zustimmung aus beinahe allen parteipolitischen Lagern 2015 entgegengebracht wurde, gerechtfertigt? Immerhin gehen einige Kommentatoren und Forscher sogar soweit, dem Protest gegen Fremdenfeindlichkeit aus der Mitte der Zivilgesellschaft weitaus mehr Wirkung zuzubilligen als Aktionen und Statements der Politik insgesamt.⁵ Auch daher ist ein genauerer Blick auf die Motive von NoPegida lohnenswert, ebenso wie die Frage, was die Protestierenden unter Freiheit, Gleichheit, Weltoffenheit und Toleranz verstehen, wie sie Antirassismus konnotieren, wie es um ihr Verhältnis zum Staat, zur Polizei und letztlich zur Gewalt bestellt ist, aber auch, wie sie Pegida interpretieren.

Insbesondere im Vergleich zu den Pegida-Demonstranten, über die zahlreiche Studien erstellt worden sind⁶, wissen wir über die NoPegida-Teilnehmer so gut wie gar nichts. Angesichts all der Erwartungen hinsichtlich einer positiven Auswirkung auf die Zivilgesellschaft, die auf den NoPegida-Akteuren lasten, müssen diese Wissenslücken geschlossen werden. Dies ist umso wichtiger, wenn man den Befund aus der Bewegungsforschung berücksichtigt, dass wenig darüber bekannt ist, »wie sich spezifisches politisches Wissen auf das politische Partizipationsverhalten auswirkt«⁷.

NoPegida ist eine Gegenbewegung zu Pegida, eine Abwehrreaktion einer gesellschaftlichen Teilgruppe gegenüber einer anderen. Daran schließt sich die Frage an, ob die Mobilisierung somit ausschließlich aus einer Negation heraus entsteht oder ob hier noch andere Faktoren eine entscheidende Rolle spielen. Ist der Protest von NoPegida unter diesen Umständen tatsächlich Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft oder nicht vielmehr Symbol des Bewahren-Wollens, einer Dagegen-Mentalität, wie sie schon den so genannten »Wutbürgern« unterstellt worden ist?⁸ Glauben die NoPegida-Aktivisten an die prinzipielle Gestaltbarkeit und an Verbesserungsmöglichkeiten der Gesellschaft, wie es den Akteuren von sozialen Bewegungen gemeinhin nachgesagt wird,⁹ oder ist ihre Sicht der Dinge unter diesen Umständen gar eher als reaktionär zu bezeichnen? Auch kann bezweifelt werden, ob im Zusammenhang von NoPegida überhaupt von einer breiten Front der Zivilgesellschaft gesprochen werden kann, die sich Pegida entgegenstellt, wenn sich die Organisatoren in einigen Städten gegenseitig blockieren, zeitgleich meh-

rere Gegenproteste unter verschiedenen Initiativen anmelden, gemeinsame Netzwerke und Bündnisse gegen Pegida nur schwer schließen können. Interessant ist auch, dass es einigen NoPegida-Veranstaltern offenbar gelingt, die ansässige Wirtschaft in den Protest gegen Pegida miteinzubinden, wie beispielsweise in Braunschweig, während dies in anderen Städten so gar nicht gelingen mag. Welche Faktoren spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle? Auch hier bedarf es einer Differenzierung, bevor ein Urteil gefällt werden kann.

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, was Demonstrationsaktivisten von NoPegida tatsächlich unter Demokratie verstehen, wenn eines ihrer obersten Ziele ist, Pegida »nicht laufen zu lassen«, die »Hoheit der Straße« unter keinen Umständen abzugeben und die genehmigten Demonstrationen zu blockieren. Wie demokratisch ist es, das Recht auf Demonstrationsfreiheit der anderen zu beschränken? Und inwiefern ist das mit dem eigenen Wertefundament und dessen postulierter Allgemeingültigkeit vereinbar? Wie weit haben sich einige NoPegida-Demonstrationsanmelder, die mitunter aus dem linken bis linksextremen Spektrum kommen, von geltenden Verfassungsnormen entfernt? Dieses vorweg: NoPegida ist extrem vielfältig und muss auch in dieser Heterogenität untersucht werden. NoPegida fungiert demnach nur als Chiffre, die für zahlreiche Proteste in unterschiedlichen Städten steht, die jeweils von anderen Akteuren und Netzwerken organisiert werden und die sich teilweise auch unterschiedlich benennen.

1.2 FORSCHUNGSSTAND

Die Aktionen von NoPegida sind in erster Linie Protest. Darüber, wie man diesen im Rahmen einer repräsentativen Demokratie beurteilen kann, wird spätestens seit den »Stuttgarter Wutbürgern« intensiv diskutiert. Für die einen unterminiert jede Art von politischem Protest die demokratische Herrschaft und ist Ausdruck eines »Vertrauensschwundes« ohne »dauerhafte Bindungen« und »belastbare politische Loyalitäten«¹⁰, für die anderen ist Protest ein Zeichen einer aktiven Zivilgesellschaft, der als »demokratische Produktivkraft« den »Modus repräsentativer Demokratie auf fruchtbare Weise ergänzt.«¹¹ Unabhängig davon ist Protest ein »Kommunikationsereignis«, in dem die individuelle Wahrnehmung von gesellschaftlichen Krisen verarbeitet und der latente Konflikt in manifesten Protest überführt wird.¹² Dabei muss auch hinterfragt werden, ob der Konflikt zwischen Pegida und NoPegida Ausdruck einer (neuen, großen?) gesellschaftlichen Spaltung ist, die die Gesellschaft zu polarisieren droht.¹³ Auch wenn in Deutschland, seit den Protesten gegen den Stuttgarter Bahnhof 2010, das Verhältnis zu Protest öffentlich wieder neu ausgelotet wird, scheinen sich die NoPegida-Demonstranten doch stark von den

Protesten gegen städtische Infrastrukturprojekte oder gegen Windkraftanlagen zu unterscheiden. Diese neuen, hier als »Bürgerproteste« bezeichneten Mobilisierungen sind bisher intensiv am Göttinger Institut für Demokratieforschung untersucht worden und sollen daher hier teilweise auch immer mit den NoPegida-Protesten kontrastiert werden, auch um Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bundesrepublikanischen Protestkultur im 21. Jahrhundert zu eruieren. Denn während die Bürgerprotestler vorwiegend mit dem staatlichen Handeln unzufrieden sind und nach den »richtigen Lösungen« suchen, beziehungsweise die repräsentative Demokratie am liebsten durch eine (in ihrem Sinne entscheidende) Expertokratie austauschen möchten¹⁴ und damit für zahlreiche Beobachter die Entpolitisierung vorantreiben, bringen die NoPegida-Aktivist*innen moralische Werte und Tugenden gegen die Pegida-Organisatoren in Stellung. Damit geht es in der öffentlichen Debatte nicht mehr um Eigenlogiken und Sachzwänge, sondern um Werte und Moral, was letztlich eine Repolitisierung der Öffentlichkeit bedeuten könnte.

Innerhalb der Forschung über sozialen Bewegungen lassen sich die NoPegida-Proteste als Mobilisierung und Protest von und für Migranten einordnen, die an sich keine neue Erscheinung sind und »in vielen Fällen durch ausländerfeindliche Haltungen und Aktionen ausgelöst« wurden.¹⁵ Im Vergleich zu anderen Protesttraditionen, wie beispielsweise Demonstrationen für Frieden oder Arbeiterproteste, hat die Mobilisierung für Migranten jedoch eher eine kurze Traditionslinie. Frühere Migrationswellen, wie die Einwanderung der Gastarbeiter in den 1960er Jahren, lösten beispielsweise kaum Proteste aus. Dies änderte sich erst signifikant in den 1990er Jahren und den in dieser Dekade zunehmenden ausländerfeindlichen Aktionen. Daraufhin entstand eine gesellschaftliche Gegenmobilisierung, die »von den weitgehend stummen Lichterketten mit Massenbeteiligung über lautstarke Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit bis hin zu konfrontationsbereiten Antifa-Gruppen aus der radikalen Linken« reichte.¹⁶ Und nicht nur gegenwärtig, sondern auch schon vor 15 Jahren konnten sich diese Proteste einer breiten zivilgesellschaftlichen und politischen Unterstützung sicher sein. Nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 rief der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zu einem »Aufstand der Anständigen« auf, während »Programme gegen Rechts« des Bundes und der Länder diesen Appell flankierten. Doch letztlich kann nur eine genaue Untersuchung der Motivation der Teilnehmer von NoPegida-Demonstrationen sowie deren Protestframing, also die Rahmung ihrer Proteste, Aufschluss darüber geben, ob NoPegida tatsächlich als Protest gegen Rechts eingeordnet werden kann und welche anderen Deutungsmuster und Protestmotivationen möglicherweise noch existieren.

Aktuell liegen keine Studien über NoPegida vor, wir können nur über thematisch ähnliche Forschungen einige Rückschlüsse ziehen, Hypothesen

formulieren und Fragen entwickeln. Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung hat eine erste »explorative Online-Umfrage« unter 460 Ehrenamtlichen in 70 Organisationen zum Thema Flüchtlingsarbeit vorgelegt.¹⁷ Sie stellten fest, dass diese ehrenamtlich Engagierten vorwiegend weiblich und gut gebildet sind, einen höheren Anteil mit Migrationshintergrund und eine geringere Religiosität als die Mehrheitsgesellschaft aufweisen, überdies sind viele Jüngere und Studierende in diesem zivilgesellschaftlichen Segment zu finden. »Mit diesem Profil setzt sich die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit weitgehend von anderen freiwilligen Engagements ab.«¹⁸ Interessant ist auch, dass die Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen offenbar umso größer ist, desto größer eine Gemeinde, desto urbaner das Umfeld ist und dass mehr Freunde mit Migrationshintergrund ebenso einen positiven Einfluss auf die Bereitschaft zur Arbeit mit Zuwanderern haben.¹⁹ Die Autoren der Studie fragten unter anderem auch nach der Motivation für das Ehrenamt. Die meisten gaben an, aktive Gesellschaftspolitik betreiben und eine zivile Willkommensgesellschaft etablieren zu wollen. Ob sich diese Motive bei den NoPegida-Aktivisten auch finden oder möglicherweise ganz andere Demonstrationsgründe vorhanden sind, wird die vorliegende Untersuchung zeigen.

1.3 STUDIENDESIGN

All diese komplexen Fragen sind nur mit einem mehrteiligen Studiendesign beantwortbar, insbesondere, wenn ein Phänomen untersucht werden soll, das ad hoc und kurzfristig auftaucht und dessen Akteure sowie Strukturen weitgehend unbekannt sind. Ohnehin ist Protest als Ausdruck von Widerstand kein leicht zu erforschender Gegenstand, nicht nur, weil das Objekt an sich fluide ist, sondern auch, weil die Akteure, die Organisatoren und Sympathisanten wechseln. Hinzu kommt, dass diese oftmals aus grundsätzlichen Erwägungen heraus – immerhin äußert man öffentlich Widerspruch – wissenschaftlichen Befragungen und Beobachtungen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Daher haben wir NoPegida mittels einer quantitativen Online-Umfrage und Gruppendiskussionen unter Demonstrationsteilnehmern, Experteninterviews mit Protestorganisationsleitern, teilnehmender Beobachtung von zahlreichen NoPegida-Veranstaltungen und einer Analyse der Kommentare und Berichte über NoPegida (insbesondere die Fremd- und Selbstdarstellung in einschlägigen Blogs und sozialen Medien) zwischen April und August 2015 systematisch untersucht.

Als explorative Vorerhebung stand uns die im Januar 2015 vom Institut für Demokratieforschung durchgeführte Online-Umfrage unter den Teilnehmern von NoPegida-Demonstrationen in Duisburg (am 19. Januar 2015),

Leipzig (NoLegida am 21. Januar 2015) und Braunschweig (NoBragida am 19. Januar 2015) zur Verfügung. Während in Leipzig ca. 20.000 Teilnehmer vermeldet wurden, fanden sich in Braunschweig 8.000 und in Duisburg 4.000 Menschen gegen Pegida zusammen. Auf den Demonstrationen wurden knapp 6.000 Handzettel verteilt, die zur Teilnahme an der Online-Umfrage einluden. Da jeder Demonstrationsteilnehmer theoretisch die gleiche Chance haben sollte, an der Umfrage teilnehmen zu können, haben wir gezielt an Zugangswegen zum Versammlungsort und ggf. während des Demonstrationszuges Flyer angeboten. Insgesamt konnten 743 Personen für die Erhebung gewonnen werden.

So war es möglich, einen ersten Einblick in die Teilnehmerstrukturen und Motivationen zu erhalten. Durch die Beobachtung der Medienberichterstattung wurde schnell klar, dass nicht nur die Protestgröße von Stadt zu Stadt stark variiert, sondern dass es offenbar – ebenso wie bei den Pegida-Veranstaltungen – eine Rolle spielt, ob die Demonstrationen in einem westdeutschen oder in einem ostdeutschen Bundesland organisiert wurden. Daher entschieden wir uns zudem, zwei ostdeutsche als auch zwei westdeutsche Demonstrationorte genauer zu betrachten. Während die sächsischen Städte Leipzig und Dresden aufgrund der Entstehungsorte von Pegida und der zahlenmäßig großen Proteste unmittelbar feststanden, gestaltete sich die Auswahl der westdeutschen Untersuchungsräume schwieriger, da im Frühsommer 2015 die Hausse der Demonstrationen bereits vorüber war. Da jedoch die Teilnehmer für die Gruppendiskussionen unmittelbar auf einer Demonstration anhand eines auf Grundlage der quantitativen Umfrage erstellten groben Quotierungsplanes rekrutiert werden sollten, waren Gruppendiskussionen letztlich in Karlsruhe und Frankfurt möglich. In Braunschweig wurde leider keine nennenswerte NoPegida-Demonstration während des Untersuchungszeitpunktes organisiert. Daher musste hier die Untersuchung nach der Vorerhebung mit teilnehmender Beobachtung, Medienanalyse und Experteninterviews abgebrochen werden.²⁰

Diese umfangreichen Vorerhebungen in den jeweiligen Untersuchungsorten dienten dazu, die Auswahl der Teilnehmer für die Gruppendiskussionen und schließlich deren Durchführung vorzubereiten. Insbesondere die bei den Experteninterviews gewonnenen Informationen über den jeweiligen NoPegida-Protest waren essentiell, um den Ablauf der Gruppendiskussionen zu planen. Gegenstand der insgesamt sieben Interviews mit Experten war die Protestgenese, die Zusammensetzung der Akteure auf Organisationsebene, das Verhältnis zu und die Sicht auf Pegida, die Zusammenarbeit mit Parteien und Politik, gegebenenfalls anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Bewertung der Rolle der Polizei und der Medien. Darüber hinaus wurden die Organisatoren der NoPegida-Proteste nach ihrer individuellen Motivation für ihr Engagement sowie ihrer politischen Sozialisation befragt.

Gruppendiskussionen beziehungsweise Fokusgruppen werden in Deutschland verhältnismäßig selten zur Erforschung von Protest eingesetzt.²¹ Dabei nimmt diese Methode die Ausgangsüberlegungen der Bewegungsforschung ernst, dass die Bedingungen für Protest im 21. Jahrhundert schon lange keine Deprivationserfahrungen mehr sind, sondern Protestakteure gut gebildet und ressourcenstark sind. Daher kann die Protestmotivation nicht mehr aus der sozialen Lage oder den gesellschaftlichen Strukturen abgeleitet, sondern muss untersucht beziehungsweise erfragt werden. Auch deshalb geht man davon aus, dass die »soziale Konstruktion von Protest«, also die Herstellung kollektiver Identitäten im Widerstand, in den Mittelpunkt gerückt werden muss.²² Dafür bietet sich die Methode der Fokusgruppe vortrefflich an. Hier werden circa fünf bis zehn Personen durch ein oder zwei Moderatoren mit Themen konfrontiert, die durch einen Ablaufplan vorgegeben sind.²³ Ziel ist, unter den Teilnehmern eine selbstläufige Diskussion entstehen zu lassen.²⁴ Die Anwesenden sollen also nicht einzeln befragt werden, sondern in Interaktion miteinander treten, so dass diese wechselseitig Bezug auf das Gesagte nehmen. »Mit Gruppendiskussionen lassen sich kollektive Orientierungen und gemeinsame Wissensbestände, Werthierarchien und Bedeutungsstrukturen der Teilnehmer erfassen. Die Idee hinter der Methode ist, dass das Alltagsbewusstsein und die sich im Gespräch artikulierende und somit öffentliche Meinung weniger abfragbares Wissen, sondern oft subkulturelle Stimmungen und Gefühlslagen birgt. [...] Somit ist die Gruppendiskussion für den Sozialforscher quasi eine Produktionsstätte von in seriellen Befragungen nicht erfassbaren Daten. Die innerhalb einer Diskussion reproduzierten Meinungen, also Sprache, Formulierungen und Ausdrucksweisen, sollen identifiziert und kontrolliert – das heißt nachvollziehbar und von mehreren, sich gegenseitig in der Diskussion kontrollierenden Wissenschaftlern – ausgewertet werden, um herauszufinden, wie die Befragten quasi ihre Realität erfahren und deuten.«²⁵

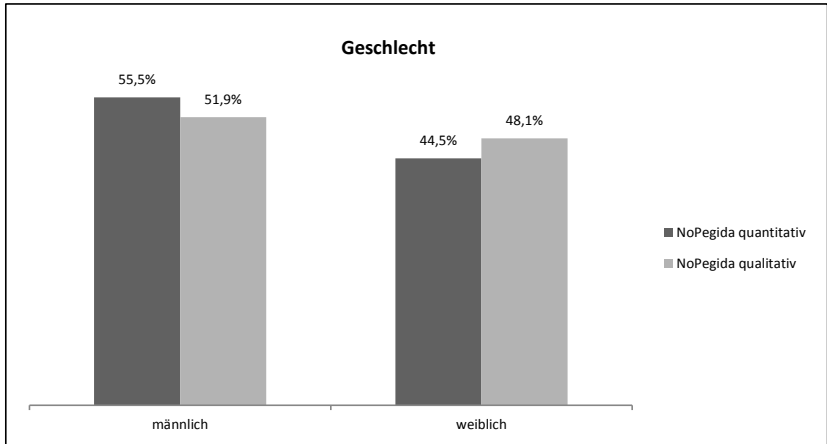
Dabei waren der Verlauf und oftmals auch die Formulierung der Fragen durch die Moderatoren der jeweils zwei Gruppendiskussionen in Dresden, Leipzig, Frankfurt und Karlsruhe durch den erarbeiteten Themenkatalog identisch. Neben einem thematischen Einstieg über die Frage nach Erlebnissen auf NoPegida-Demonstrationen und dem eigenen zivilgesellschaftlichen Engagement fragten wir nach bestimmten Werten, die den Teilnehmern wichtig sind, nach ihrer politischen Einstellung und nach ihrer Sicht auf Pegida. Die Diskussion über die Wahrnehmung der bundesrepublikanischen Politik und Gesellschaft sowie die Selbstverortung innerhalb des Gemeinwesens wurde über ein kleines Planspiel initiiert. Dabei beschrieb ein der Gruppe ausgehändigter fiktiver Zeitungsartikel den Umstand, dass in einem kleinen Städtchen in der Mitte Deutschlands rasch circa 40 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Die seit zwei Jahren im Ort nicht mehr genutzte Grundschule soll hierfür her-

gerichtet werden, wird jedoch kurz vor der Fertigstellung der Renovierungs- und Umbauarbeiten durch einen Wasserrohrbruch massiv beschädigt. Somit ist die Unterkunft vor Ankunft der Flüchtlinge nicht bezugsfertig. Aufgeteilt in Kleingruppen sollten Lösungsvorschläge und, angebunden an die individuelle Lebenswirklichkeit, mögliches eigenes Engagement anhand dieses Szenarios diskutiert werden. Daran schloss sich ein Gesprächsblock zum Thema Demokratie an, woraufhin die Fokusgruppe, die in der Regel zwischen 120 und 150 Minuten dauerte, mit der Frage nach gesellschaftlichen Wunschvorstellungen und Utopien endete. Zum Abschluss verteilten wir unter den insgesamt 54 Fokusgruppenteilnehmern einen Fragebogen, über den soziodemografische Merkmale, Mitgliedschaften in zivilgesellschaftlichen Gruppen und politische Einstellungen erhoben wurden.

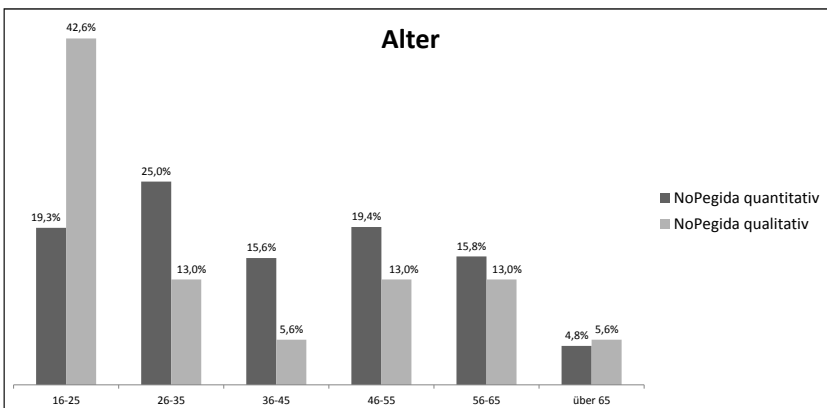
Im Anschluss wurden die Gruppendiskussionen nach einfachen Transkriptionsregeln verschriftlicht und mit Hilfe der Software MaxQDA codiert sowie schließlich ausgewertet.²⁶ Dabei wurde nicht nur jede Gruppe für sich analysiert und die insgesamt acht NoPegida-Fokusgruppen untereinander verglichen, sondern es konnte auch auf andere Erhebungen des Instituts mit einem ähnlichen Zugriff Bezug genommen werden. Im Göttinger Institut für Demokratieforschung konnten bisher zahlreiche Fokusgruppen mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Milieus durchgeführt werden. Wir haben bislang nicht nur die Politikwahrnehmung und Gesellschaftsbilder von Pegida-Anhängern, sondern auch von Organisatoren zahlreicher anderer Proteste, Grünen-Wählern und Unternehmern erkundet; von Personen, die soziologisch betrachtet aus der gesellschaftlichen Mitte, der Unter- oder Oberschicht kommen. Auf Basis dieses Materials können Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit den artikulierten Meinungen der Demonstrationsteilnehmer von NoPegida wahrgenommen, Auffälligkeiten oder allgemeine Konventionen erfasst werden.

1.4 WER WURDE BEFRAGT?

Die knapp über fünfzig befragten Personen der qualitativen Erhebung sind selbstverständlich keinesfalls repräsentativ für alle NoPegida-Demonstranten deutschlandweit. Dennoch lassen sich im Vergleich mit der quantitativen Umfrage unter den Demonstrationsteilnehmern sowie mit den Befunden aus der teilnehmenden Beobachtung durchaus Aussagen über die NoPegida-Teilnehmer treffen. Auffällig ist, und das deckt sich mit den bereits erwähnten Forschungen über zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge, ein relativ hoher Anteil von Frauen auf den NoPegida-Veranstaltungen.²⁷



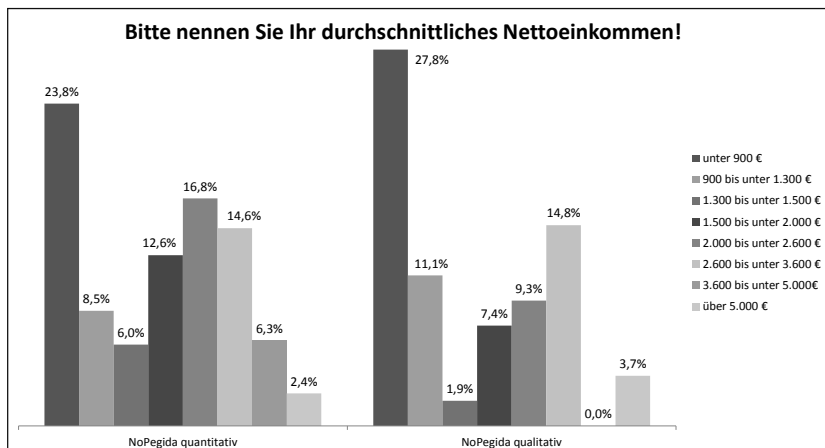
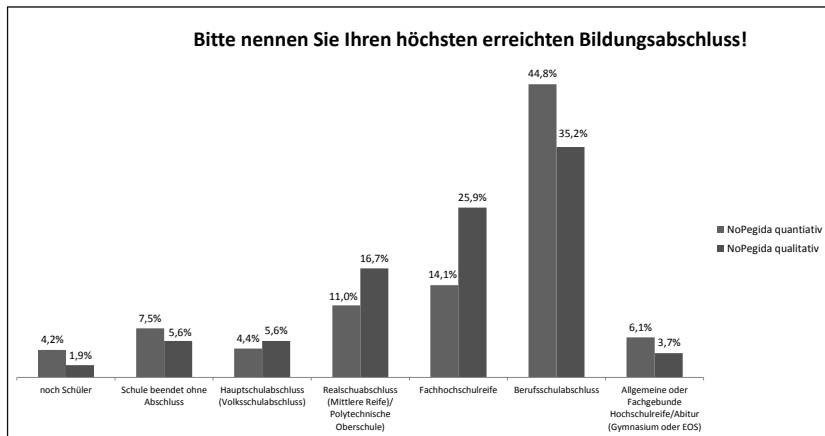
Zwar ist in unserer Erhebung die Verteilung des Geschlechts verhältnismäßig ausgewogen, dies ist jedoch nicht nur im Vergleich zu Pegida-Demonstrationen ungewöhnlich, wo wir auf einen deutlichen Männerüberhang stießen, sondern auch im Vergleich zu anderen Bürgerprotesten, bei denen mehrheitlich Männer unterwegs sind.



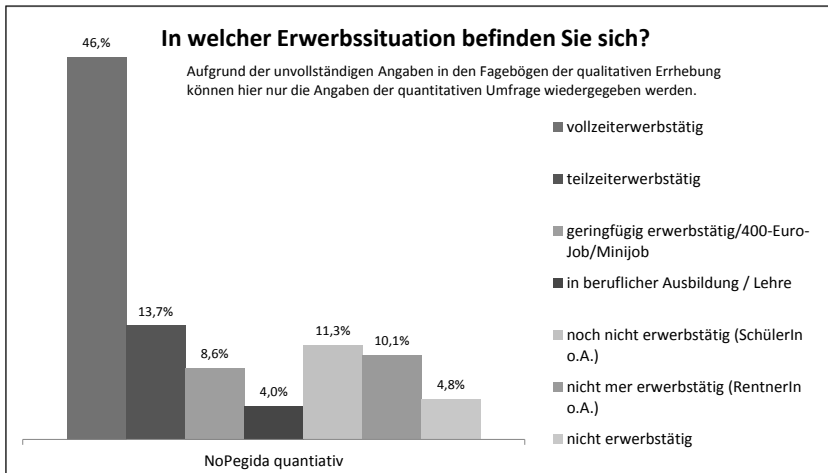
Die Akteure der NoPegida-Proteste sind in der Regel jünger als die sogenannten »Wutbürger«, also beispielsweise die Protestierenden gegen den Stuttgarter Bahnhof, dennoch war der Anteil der 16- bis 25-Jährigen in der qualitativen Befragung noch einmal deutlich höher als in der quantitativen Umfrage. Diese »Überrepräsentation« hat möglicherweise zwei Gründe: Grundsätzlich ist die Rekrutierung der Teilnehmer für eine zwei- bis dreistündige Gruppendiskussion in den Abendstunden bei berufstätigen Personen, die möglicherweise in familiäre und berufliche Verpflichtungen u.ä. eingebunden sind, deutlich schwieriger als beispielsweise bei Studenten. Überdies haben wir uns bei der

Rekrutierung bemüht um junge Menschen, da wir aufgrund der teilnehmenden Beobachtung den Eindruck hatten, dass der Protest oftmals von einer älteren gemäßigeren Gruppe und einer jüngeren radikaleren Fraktion geprägt war. Während sich, so unsere Erfahrungen in der Erforschung von Protest, erstere leichter für qualitative Forschungsarbeit rekrutieren lassen, gehen letztere oftmals auf Distanz. Diese Spreizung wollten wir durch eine Überrekrutierung im jüngeren Alterssegment ausgleichen und haben überraschend viele junge Personen für die Forschung gewinnen können.

Sowohl die Personen aus der qualitativen Befragung als auch diejenigen, die sich an der quantitativen Umfrage beteiligt haben, verfügen mehrheitlich über einen Universitätsabschluss oder streben diesen an. Dies ist – im Vergleich mit den Protestakteuren beispielsweise gegen den Bahnhofsumbau in Stuttgart – keinesfalls überraschend und deckt sich mit den aktuellen Befunden der Protestforschung.²⁸



Auffällig ist das – im Verhältnis zu dem, was wir über die Protestakteure in Deutschland im 21. Jahrhundert wissen – relativ niedrige Nettoeinkommen der Befragten. Dies mag einerseits mit dem Alter zu tun haben, andererseits mit einer vergleichsweise großen Zahl an prekär beschäftigten Personen.



Lediglich 51 Prozent der Fokusgruppenteilnehmer scheinen einer Vollzeittätigkeit nachzugehen.²⁹

Aufgrund der zum Teil recht geringen Bereitschaft, den Fragebogen im Anschluss an die Fokusgruppen vollständig auszufüllen, lässt sich schwer etwas über die sozioökonomische Spreizung der Befragten formulieren. Dennoch kann festgehalten werden, dass neben der studentisch geprägten Teilgruppe unseres Untersuchungssamples circa ein Drittel der Befragten als bildungsbürgerlich Vernetzte bezeichnet werden können. Das sind dann all diejenigen, die eher Vollzeit tätig oder auch schon pensioniert sind, die vorwiegend angaben, im Bildungs- oder Kultursektor beschäftigt zu sein, die die oberen Einkommensgruppen abdecken und die in verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden sind.

Durch eine recht hohe Engagementquote insgesamt lässt sich zumindest zunächst vermuten, dass die Befragten zu den Stützen der Zivilgesellschaft gehören. Knapp vierzig Prozent der in der qualitativen Studie befragten Personen sind über den Protest hinaus engagiert, beispielsweise in Vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Parteien oder Gewerkschaften.

Obwohl diese Angaben lediglich der Beschreibung des Untersuchungssamples dienen und keinesfalls repräsentative Aussagen über die heterogenen No-Pegida-Proteste darstellen, kann aufgrund der Größe der Stichprobe und den ergänzenden Erhebungsmethoden ein differenzierter Einblick in die Protest-

formationen gegeben werden, die zunächst mit einer Beschreibung der spezifischen Protestorte fortfahren wird, um Besonderheiten und Eigenarten des jeweiligen städtischen Milieus und deren Folgen für NoPegida aufzudecken, aber auch um Gemeinsamkeiten und Unterschiede von NoPegida und deren Objekt der Ablehnung sichtbar zu machen. Da »in Städten Eigenlogiken, im Sinne verborgener Eigensinnigkeit, dauerhafter kultureller Dispositionen, historisch motivierter Erzählungen und spezifischer lokaler Pfade existieren, die das Denken und Handeln lokaler Akteure vor Ort bis zu einem gewissen Grade strukturieren und prägen«, soll die politische Kultur der einzelnen Städte mit dem Fokus auf die Entstehungsgeschichte von NoPegida im Folgenden nachgezeichnet werden.

ANMERKUNGEN

1 | Vgl. grundlegend zu Pegida: Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

2 | Während eines Besuches einer Berliner Flüchtlingsunterkunft im August 2015 formulierte Bundespräsident Joachim Gauck: »Es gibt ein helles Deutschland, das sich hier leuchtend darstellt, gegenüber dem Dunkeldeutschland, das wir empfinden, wenn wir von Attacken auf Asylbewerberunterkünfte oder gar fremdenfeindlichen Aktionen gegen Menschen hören.« Vgl. o.V., Gauck lobt Engagement gegen »Dunkeldeutschland«, in: ZeitOnline, 26.08.2015, online einsehbar unter www.zeit.de/politik/deutschland/2015-08/fluechtlinge-joachim-gauck-fluechtlingsheim-berlin [zuletzt eingesehen am 13.09.2015].

3 | Ruth Simsa, Protest ohne Organisation?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 26 (2013) H. 4, S. 6-23, hier S. 6.

4 | Vgl. exemplarisch die Aussage des Duisburger Oberbürgermeisters Sören Link: »Ich weiß, dass es in Duisburg einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, die Unterbringung von Asylsuchenden als eine absolut unumstrittene humanitäre Aufgabe zu begreifen und anzugehen. Der Duisburger Appell hat gezeigt, dass die Stadtgesellschaft da zusammen steht. Pegida hat in Duisburg bislang keinen Platz gefunden – und wird das auch in Zukunft nicht. Wir brauchen in Duisburg keine Hetzer und Scharfmacher, die als Demo-Touristen durch die Lande reisen und mit ihren platten Parolen darauf abzielen, Menschen und ihre Sorgen und Ängste zu instrumentalisieren.« Zitiert in: Rubert Joemann, Pegida-NRW will in Duisburg-Neumühl aufmarschieren, in: Der Westen, 16.07.2015, online einsehbar unter www.derwesten.de/staedte/duisburg/in-duisburg-demonstrieren-pegida-anhaenger-und-deren-gegner-id10886752.html [zuletzt eingesehen am 13.09.2015].

5 | Dieter Rucht im Gespräch bei Mephisto am 31.07.2015, online einsehbar unter www.mephisto976.de/news/die-entwicklung-einer-wutbewegung-50987 [zuletzt eingesehen am 03.09.2015].

6 | Vgl. neben der bereits erwähnten Studie auch: Priska Daphi u.a., Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, online abrufbar unter https://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf [zuletzt eingesehen am 13.09.2015]; Hans Vorländer, Wer geht warum zu den Pegida-Demonstrationen. Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter Pegida-Teilnehmern, online einsehbar unter <https://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg> [zuletzt eingesehen am 13.09.2015]; Werner J. Patzelt, Was und wie denken Pegida-Demonstranten? Analyse der Pegida-Demonstration am 2. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht, online einsehbar unter http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf [zuletzt eingesehen am 13.09.2015]; Ders., Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus Pegida?, Vergleichende Analyse der Pegida-Demonstrationen vom 25. Januar, 27. April und 4. Mai 2015 in Dresden, online einsehbar unter https://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-mai-2015.pdf [zuletzt eingesehen am 13.09.2015].

7 | David Johann, Spielregeln und AkteurInnen. Politisches Wissen als Ressource verschiedener Formen politischer Partizipation, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 41 (2011) H. 4, S. 377-394, hier S. 377.

8 | Vgl. hierzu exemplarisch den Spiegeltitel 35/2010: »Die Dagegen-Republik«.

9 | Ansgar Klein, Bewegungsforschung: Quo vadis? Ein Überblick zur Entstehung, Ausprägung und Forschungsstand, in: Vorgänge, Jg. 68 (2013) H. 4, S. 12-21, hier S. 12.

10 | Jüngst Peter Graf Kielmansegg, Erwartungen, Enttäuschungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.09.2015.

11 | Dieter Rucht, Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn 1997, S. 382-403, hier S. 384.

12 | Thorsten Bonacker und Lars Schmitt, Politischer Protest zwischen latenten Strukturen und manifesten Konflikten. Perspektiven der soziologischen Protestforschung am Beispiel der (neuen) Friedensbewegung, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegung (2004) H. 32, S. 193-213, hier S. 206.

13 | Wie es der Sozial- und Konfliktforscher Andreas Zick in einem Interview formulierte: »Es bildet sich eine rechtsterroristische Mentalität«, Andreas Zick im Gespräch mit Sandra Schulz, in: Deutschlandfunk, 24.08.2015, online einsehbar unter www.deutschlandfunk.de/krawalle-in-heidenau-es-bildet-sich-eine.694.de.html?dram:article_id=329115 [zuletzt eingesehen am 3.9.2015].

14 | Vgl. zu den Bürgerprotesten seit 2010: Franz Walter u.a. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen, Reinbek 2013.

15 | Vgl. grundlegend hierzu und im Folgenden: Dieter Rucht und Wilhelm Heitmeyer, Mobilisierung von und für Migranten, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, München 2008, S. 573-592, hier S. 575.

16 | Ebd., S. 584.

17 | Serhat Karakayali und Olaf Kleist, Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung über Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, EFA-Studie, Berlin 2015, online einsehbar unter www.fluechtlingshilfe-htk.de/uploads/infos/49.pdf [zuletzt eingesehen am 14.08.2015].

18 | Ebd., S. 4.

19 | Ebd., S. 22f.

20 | Zu den Spezifika der jeweiligen Protestorte vgl. Kapitel 2.

21 | Zur Anwendung von Fokusgruppen in der Politikwissenschaft vgl. Stine Marg, *Mitte in Deutschland. Zur Vermessung eines politischen Ortes*, Bielefeld 2014, S. 91-143; vgl. eingehender zu der Methode insbesondere im Zusammenhang mit der Erforschung von Protest: Stephan Klecha, Stine Marg und Felix Butzlaff, *Wie erforscht man Protest. Forschungsdesign und Methodik*, in: Franz Walter u.a. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger*, S. 14-47, hier insbesondere 25-34; auch: Lars Geiges, *Occupy in Deutschland, Die Protestbewegung und ihre Akteure*, Bielefeld 2014, S. 58-66.

22 | Bonacker und Schmitt, S. 211.

23 | Vgl. Marlen Schutz, *Quick an Easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft*, in: dies. u.a. (Hg.), *Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Anwendung*, Wiesbaden 2012, S. 9-22, hier S. 9; vgl. grundsätzlich zur Methode der Fokusgruppe: Thomas Kühn und Kay-Volker Koschel, *Gruppendiskussionen. Ein Praxis-Handbuch*, Wiesbaden 2011.

24 | Vgl. zur Selbstläufigkeit: Aglaja Przyborski und Monika Wohlrab-Sahr, *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, München 2010, S. 116.

25 | Geiges, Marg und Walter, S. 90.

26 | Die im Verlauf der Studie verwendeten Zitate sind – aufgrund der den Befragten zugesicherten Anonymisierung – nicht konkret gekennzeichnet, entstammen jedoch alle den Transkripten aus den acht Fokusgruppen beziehungsweise den sieben Experteninterviews.

27 | Wenn hier und im Folgenden von Teilnehmern, Befragten, Aktivisten etc. die Rede ist, sind immer, wenn es nicht separat ausgewiesen ist, sowohl Frauen als auch Männer gemeint.

28 | Vgl. hierzu: Göttinger Institut für Demokratieforschung (Hg.), *Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, online einsehbar unter www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf [zuletzt eingesehen am 12.06.2015]; Göttinger Institut für Demokratieforschung (Hg.), *Stuttgart 21 nach dem Schlichtungsverfahren. Ergebnisse einer zweiten Untersuchung zu den Protesten gegen Stuttgart 21*, online einsehbar unter www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Stuttgart21_II.pdf [zuletzt eingesehen am 12.06.2015]; Dieter Rucht u.a., *Kurzbericht der Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010*, online einsehbar unter <https://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/stgt21kurzbericht2010.pdf> [zuletzt eingesehen am 04.02.2013].

29 | Überdies sollte erwähnt werden, dass wir nicht dezidiert nach einem B.A. oder M.A.-Abschluss fragten. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass einige Fokusgruppen-

teilnehmer angaben, über einen Studienabschluss zu verfügen und damit der B.A.-Abschluss gemeint war, während sie weiterhin als Masterstudenten immatrikuliert sind. Auch dies würde – trotz Studienabschluss – das relativ niedrige Haushaltsnettoeinkommen erklären.